

(Die Finanzlage der Hauptstadt.) Wir haben bereits gemeldet, daß die Leitung der Hauptstadt sich intensiv mit dem schweren Problem beschäftigt, auf welche Weise und durch welche Mittel das stark erschütterte Gleichgewicht im Haushalte der Kommune wieder hergestellt und ihre desolante Finanzlage verbessert werden könnte. Seit Monaten sind die leitenden kommunalen Faktoren bestrebt, neue Einnahmsquellen für die Hauptstadt ausfindig zu machen, damit sie imstande sei, auch ohne Inanspruchnahme teurerer Anlehen die großen Lücken in ihrer Kasse auszufüllen. Mit Anlehen kann man nicht ewig operieren, die Finanzpolitik der Hauptstadt muß endlich auf realere Grundlagen gelegt werden. Die Erfüllung ihrer großen sozialen Aufgaben legt der Hauptstadt von Jahr zu Jahr steigende materielle Opfer auf, denen aber ihre Einnahmen nicht gewachsen waren; unter solchen Umständen war das Defizit unausbleiblich, und während des Krieges hat sich dieses Defizit noch vervielfacht. Unter solchen Umständen ist das Bestreben der Leitung der Hauptstadt, neue Einnahmsquellen zu erschließen, nur natürlich. Anfangs wußte man bei der Stadt keinen anderen Ausweg, als der Bevölkerung der Hauptstadt neue Steuerlasten aufzubürden. Man dachte daran, wie wir bereits geschrieben haben, unter verschiedenen Titeln mehrere neue Steuern einzuführen, von deren Ertrag man sich eine Besserung der Finanzlage der Hauptstadt versprach. Die Finanzsektion der Hauptstadt hat auch bereits eine ganze Reihe von Steuervorlagen ausgearbeitet, die sich auf folgende neue Steuern beziehen: auf die Zufahrts-, Champagner-, Automobil-, Beleuchtungs-, Verkehrs-, Grundwert- und Grundzuwachssteuer usw. Zur Besprechung der Steuervorlagen, besonders der auf die Beleuchtungs- und Verkehrssteuer bezüglichen, fanden im Zentralstadthause schon mehrere vertrauliche Konferenzen statt, die jedoch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Heute nachmittag wurde zu diesem Zwecke abermals eine vertrauliche Beratung abgehalten, an der außer dem Bürgermeister Dr. Stefan Bárzy, dem Vizebürgermeister Dr. Theodor Bódy und mehreren Magistratsräten die führenden Persönlichkeiten der Stadtrepräsentanz teilgenommen haben. Die Konferenz beschäftigte sich eingehend mit den einzelnen Steuerprojekten und es entwickelte sich ein lebhafter Ideenaustausch über die Vorteile und Nachteile der einzelnen Projekte. Das Resultat der Beratung war, daß sich die Teilnehmer an der Konferenz dafür entschieden, vorläufig nur jene Steuern einzuführen, die von den breiteren Schichten kaum empfunden werden, die übrigen Steuervorlagen aber bis zur Budgetverhandlung ruhen zu lassen. Man wird versuchen, bei der Zusammenstellung des Budgets das finanzielle Gleichgewicht so weit als möglich herzustellen, die

Ausgaben möglichst zu restringieren und die bereits vorhandenen Einnahmsquellen ergiebiger zu machen. Gelingt dieser Versuch nicht, so wird eben nichts anderes übrig bleiben, als das unpopuläre, doch sichere Mittel der neuen Kommunalsteuern anzuwenden. Falls es hierzu kommen sollte, wird die Hauptstadt sich bemühen, die Nachteile jener Steuern, durch die die breiten Schichten empfindlich berührt werden, nach Möglichkeit abzuschwächen, damit die minder bemittelten Klassen die neuen Lasten je weniger drückend empfinden. — Wir können diesen Standpunkt der Konferenz nur billigen; man muß eben alles versuchen, um die Bevölkerung, an die ohnehin schon die stärksten Anforderungen gestellt werden, mit neuen Lasten zu verschonen.